Deutscher Bundestag
8. Wahlperiode

Drucksache 8/2948

08. 06. 79

Fragen

für die Fragestunde der Sitzung des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 13. Juni 1979

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	2, 15 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	4, 16 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz	2
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	6, 18 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	7, 20 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	8, 21 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung	9, 22 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	9, 22 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit	10, 23 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen	10, 24 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	12
Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen	12, 27 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie	13, 27 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft	13, 28 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit	28 *)

*) *Schriftliche Fragen gemäß IV. der Richtlinien*

Buchdruckerei P. Meier GmbH, 5205 Sankt Augustin 1 - Buisdorf, Tel. (02241) 61071
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, 5300 Bonn 2, Postfach 20 08 21
Bonn-Bad Godesberg, Herderstr. 56, Tel. (02221) 36 35 51

A. Mündliche Fragen gemäß I. der Richtlinien

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

1. Abgeordneter **Dr. Möller** (CDU/CSU)

Was hat die Bundesregierung bisher unternommen, um der vom Bundestag anläßlich der Verabschiedung des Zweiten Wohnraumkündigungsschutzgesetzes Ende 1974 beschlossenen Aufforderung nachzukommen, sie möge einen Gesetzentwurf vorlegen, „der das derzeit geltende, in zahlreichen Vorschriften zersplitterte Recht über die soziale Sicherung des Wohnens bereinigt und diese Vorschriften einheitlich zusammenfaßt", und bis zu welchem Zeitpunkt ist mit einer entsprechenden Vorlage zu rechnen?

2. Abgeordneter **Dr. Möller** (CDU/CSU)

Welche Ergebnisse hat die gleichzeitig vorzunehmende Prüfung erbracht, „inwieweit die mietrechtlichen Vorschriften unter Vermeidung einseitiger Bevorzugung oder Benachteiligung von Mieter und Vermieter der künftigen Situation am Wohnungsmarkt angepaßt werden müssen"?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

3. Abgeordneter **Dr. Wittmann (München)** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß der frühere Chef des Bundeskanzleramts, Horst Grabert, vor dem 21. Zivilsenat des Oberlandesgerichts München ausgesagt hat, daß es ein Zusammenspiel zwischen Kanzleramt und dem Magazin „Stern" im Zusammenhang mit Desinformation über den seinerzeitigen Chefredakteur „Quick" gegeben hat, und wenn ja, wie beurteilt die Bundesregierung diese Aussage und welche Konsequenzen zieht sie daraus?

4. Abgeordneter **Dr. Wittmann (München)** (CDU/CSU)

Wird sich die Bundesregierung dafür einsetzen, daß der Devisenzwangsumtausch bei Reisen in Staaten des Ostblocks abgeschafft wird bzw. Befreiungen je nach Reisezweck erfolgen, wie dies auch schon im Verhältnis zu Rumänien geschieht?

5. Abgeordneter **Hoffmann (Saarbrücken)** (SPD)

Hält es die Bundesregierung mit Geist und Buchstaben der Europäischen Verträge für vereinbar, daß am 4. Juni 1979 Bürgern der Bundesrepublik Deutschland von französischen Beamten der Grenzübertritt nach Frankreich verweigert wurde, weil sie gegen das geplante Kernkraftwerk Cattenom friedlich demonstrieren und auf die grenzüberschreitenden Gefahren aufmerksam machen wollten, und welche Konsequenzen plant sie daraus zu ziehen?

6. Abgeordneter **Hoffmann (Saarbrücken)** (SPD)

Hat es in Vorbereitung, Durchführung oder anschließendem Auswerten der zeitweiligen Grenzschließung Kontakte, Beratungen oder Hilfestellungen zwischen deutschen und französischen Stellen gegeben, insbesondere ein Weitergeben von Namenslisten?

7. Abgeordneter **Sauer (Salzgitter)** (CDU/CSU)

Sind der Bundesregierung Informationen bekannt, wonach Angehörige des Fallschirmjägerregiments „Felix Dserzynski" der Nationalen Volksarmee zusammen mit äthiopischen Volksmilizionären an der Hinrichtung von mindestens 350 Priestern der koptischen Kirche und von mehr als 4000 Gläubigen in Äthiopien beteiligt gewesen sein sollen, und wenn ja, verfügt sie über Erkenntnisse darüber, ob und gegebenenfalls inwieweit diese Informationen zutreffen?

8. Abgeordneter **Dr. Hupka** (CDU/CSU)

Welche Informationen liegen der Bundesregierung über die militärische Präsenz der DDR in den sogenannten Frontstaaten Afrikas vor?

9. Abgeordneter **Dr. Hupka** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß Mitglieder der polnischen Vereinigung „Zgoda" bei der Einreise in die Volksrepublik Polen einen weit geringenen Betrag pflichtgemäß umtauschen müssen als alle anderen einreisenden Bundesbürger, und wird die Bundesregierung bei der Regierung der Volksrepublik Polen nach den Gründen für diese Ungleichbehandlung von einreisenden Bundesbürgern fragen?

10. Abgeordneter **Dr. Mertes (Gerolstein)** (CDU/CSU)

Hat – wie die Presse meldete – die Volksrepublik Polen von der Bundesrepublik Deutschland einen Rohstoffkredit in Höhe von 1 Millarde DM zu erwarten, und wenn ja, welchen Zusammenhang stellt die Bundesregierung her zwischen der Gewährung dieses Kredits und der polnischen Durchführung des deutsch-polnischen Ausreiseprotokolls von 1975, insbesondere dessen Offenhalteklausel zugunsten des Ausreisewillens von vielen Tausenden von Deutschen?

11. Abgeordneter **Dr. Mertes (Gerolstein)** (CDU/CSU)

Gedenkt die Bundesregierung, in diesem Zusammenhang gemäß ihren Zusicherungen vom 10. März 1976 vor dem Bundesrat die polnischen Verpflichtungen zur Gewährung von Gruppenrechten im Sinne des Internationalen Menschenrechtspakts für die Deutschen in den Oder/Neiße-Gebieten gegenüber der Regierung der Volksrepublik Polen nicht nur in Erinnerung zu rufen, sondern auch zur Einhaltung dieser Verpflichtungen aufzufordern?

12. Abgeordneter **Graf Huyn** (CDU/CSU)

Wie viele Deutsche aus den Gebieten östlich von Oder und Neiße haben seit den Vereinbarungen vom 9. September 1975 bisher von Polen eine Ausreisegenehmigung erhalten, und wie beurteilt die Bundesregierung die Entwicklung bis Ende 1979 und darüber hinaus?

13. Abgeordneter **Graf Huyn** (CDU/CSU)

Wieviel Gespräche und Verhandlungen hat die Bundesregierung mit der polnischen Regierung über das Thema der sprachlichen und kulturellen Rechte für zurückbleibende Deutsche geführt und mit welchem Ergebnis?

14. Abgeordneter **Jäger (Wangen)** (CDU/CSU)

Welche Schritte hat die Bundesregierung beim Heiligen Stuhl als einer Signatarmacht der KSZE-Schlußakte von Helsinki unternommen, um zu erreichen, daß Papst Johannes Paul II., der sich nachdrücklich für die Achtung der Menschenrechte einsetzt, bei seinem Besuch in Polen auch für die Menschenrechte der unter polnischer Staatsgewalt lebenden Deutschen eintritt?

15. Abgeordneter **Jäger (Wangen)** (CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung gegebenenfalls Zusagen des Papstes erhalten, für die Menschenrechte der Deutschen unter polnischer Staatsgewalt einzutreten, und gehört dazu auch der Bereich der Volksgruppen- und Minderheitenrechte?

16. Abgeordneter **Dr. Kunz (Weiden)** (CDU/CSU)

Welche Informationen liegen der Bundesregierung über die jüngste Verhaftungswelle in der CSSR vor, und was beabsichtigt sie zu Gunsten der neuerdings Verhafteten zu unternehmen?

17. Abgeordneter **Dr. Kunz (Weiden)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, im Bereich der Bundeswehr dafür zu sorgen und bei den verbündeten Streitkräften nachdrücklich daraufhinzuwirken, daß bei einer unvermeidlichen Inanspruchnahme von mit Feldfrüchten bestellten landwirtschaftlichen Grundstücken (z. B. als Stand- und Übungsplatz einer Radar und Flugabwehrraketeneinheit) vor ihrer Benutzung der jeweilige Landwirt zu informieren ist, damit auch bei den betroffenen Landwirten, die meist für die Notwendigkeit von Manövern für unsere Verteidigung auch Verständnis aufbringen, dieses nicht in das Gegenteil umschlägt?

18. Abgeordneter **Lintner** (CDU/CSU)

Welche Schritte hatte die Bundesregierung eventuell auch gegenüber den drei westlichen Schutzmächten Berlins ergriffen, nachdem bereits vor Wochen offiziell bekannt wurde, daß die DDR zu Pfingsten Einreisebeschränkungen erwäge?

19. Abgeordneter **Ey** (CDU/CSU)

Sieht die Bundesregierung im Abbau des Deutschunterrichts in Frankreichs Schulen ein Zeichen wider den Sinn des deutsch-französischen Kulturabkommens, und hält sie es für angezeigt, im Rahmen ihrer auswärtigen Kulturpolitik unser Nachbarland Frankreich darauf hinzuweisen?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

20. Abgeordnete **Frau Simonis** (SPD)

Wann wird die Bundesregierung dem Parlament einen Entwurf für ein Melderechtsrahmengesetz, wie es der Bundesbeauftragte für den Datenschutz bereits im November vorigen Jahrs gefordert hat, vorlegen?

21. Abgeordnete **Frau Simonis** (SPD)

Welche Konsequenzen wird die Bundesregierung aus dem Tätigkeitsbericht des Bundesbeauftragten für den Datenschutz, den dieser am 10. Januar 1979 dem Bundestag zugeleitet hat, ziehen, um den Mißbrauch gesammelter persönlicher Daten bzw. mißbräuchliches Sammeln von Daten zu verhindern?

22. Abgeordneter **Dr. Miltner** (CDU/CSU)

Was waren die Gegenstände der Gespräche, die der BKA-Präsident mit Vertretern des KGB in Moskau geführt hat, und wie bewertet die Bundesregierung den Nutzen dieser Gespräche?

23. Abgeordneter **Dr. Miltner** (CDU/CSU)

Was ist der Bundesregierung darüber bekannt, wie die Vertreter des KGB ihrerseits die Gespräche mit dem BKA-Präsidenten bewerten?

24. Abgeordneter **Dr. Langguth** (CDU/CSU)

Treffen Informationen zu, daß die DKP entgegen ihrer offiziellen Politik insgeheim auch mit Gruppen der „Neuen Linken", wie z. B. mit dem „Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD" (AB) zusammenarbeitet und daß jüngste Angriffe in der „UZ-Zeitung der DKP" auf den AB vor allem der Desinformation dienen sollen?

25. Abgeordneter **Dr. Langguth** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung Auskunft darüber geben, welche sonst vorzugsweise bei DKP-gesteuerten Aktionen mitwirkenden Personen, z. B. aus dem Bereich des PDI, sich an der nach außen hin in erheblichem Maß von Mitgliedern des AB für den Wiederaufbau der KPD getragenen Demonstration gegen einen Bundespräsidenten Carstens in Bonn unmittelbar oder unterstützend beteiligt haben?

26. Abgeordneter **Spranger** (CDU/CSU)

Von welcher wirklichen Mitgliederzahl der DKP ist derzeit auszugehen angesichts der Tatsache, daß die DKP selbst bei ihrem Parteitag im Oktober 1978 rund 46 500, der Bundesinnenminister im Verfassungsschutzbericht 1977 rund 42000, der nordrhein-westfälische Innenminister in seinem jüngsten Verfassungsschutzbericht für 1978 bei einem Zuwachs von 2000 Mitgliedern einen Gesamtbestand von 42000 Mitgliedern nannte?

27. Abgeordneter **Spranger** (CDU/CSU)

Hat der Bundesinnenminister noch die Absicht, einen Verfassungsschutzbericht für 1978 zu veröffentlichen, nachdem das Jahr 1979 bereits fast zur Hälfte verstrichen und der von ihm im Innenausschuß im vergangenen Jahr in Aussicht gestellte Termin für die Veröffentlichung um rund ein Vierteljahr überschritten ist?

28. Abgeordnete **Frau Verhülsdonk** (CDU/CSU)

Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um der strukturpolitisch und wirtschaftlich sehr wichtigen Fremdenverkehrsbranche im nördlichen Rheinland-Pfalz aus den Schwierigkeiten herauszuhelfen, die infolge des unerträglich gewordenen Fluglärms auftreten?

29. Abgordnete **Frau Will-Feld** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Schutzzone II nach dem Fluglärmgesetz – also die Gebiete, die einen Dauerschallpegel von weniger als 75 dB bis zu 67 dB ausweisen – oftmals ganze Gemeinden durchschneiden, so daß der Ortsteil rechts der Straße innerhalb der Lärmschutzzone II liegt und der Ortsteil links der Straße nicht mehr in die Schutzzone fällt, und wenn ja, welche Folgerungen zieht die Bundesregierung daraus?

30. Abgeordnete **Frau Will-Feld** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß diese Grenzziehungen von der Bevölkerung vor allem deswegen als willkürlich angesehen werden, weil der Fluglärm sowohl rechts als auch links der Straße von der Bevölkerung als gleich stark empfunden wird, und welche Konsequenzen zieht sie gegebenenfalls daraus?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

31. Abgeordneter **Dr. Häfele** (CDU/CSU)

Bedeutet der Auftrag des Bundeskabinetts an den Bundesfinanzminister vom 28. Mai 1979, bei den Verwaltungseinnahmen „alle bestehenden Möglichkeiten auszuschöpfen", daß 1980 wieder eine Ablieferung der Deutschen Bundespost an den Bundeshaushalt über den in § 21 Abs. 3 des Postverwaltungsgesetzes festgelegten Satz von 6 2/3 v. H. der Betriebseinnahmen hinaus in Erwägung gezogen wird, oder schließt die Bundesregierung eine erneute Erhöhung der Postablieferung aus?

32. Abgeordneter **Benz** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die deutsche Apotheke bereits 1979 in ein betriebswirtschaftliches Minus gerät, bedingt durch den Rückgang der Bevölkerung, durch die jährliche Neueröffnung von 500 Apotheken bei stagnierendem Arzneimittelabsatz und die degressive Handelsspanne der Apotheke auf Grund der Preisspannenverordnung vom 17. Mai 1977, und wenn ja, welche Folgerungen zieht die Bundesregierung daraus?

33. Abgeordneter **Benz** (CDU/CSU)

Welchen Einfluß hat nach Auffassung der Bundesregierung die Niederlassungsfreiheit für Apotheken in der EG auf die Rentabilität der deutschen Apotheken und auf die Qualität der Arzneimittelversorgung der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland?

34. Abgeordneter **von der Heydt Freiherr von Massenbach** (CDU/CSU)

Verfolgt die Bundesregierung die Arbeitsmethode inklusive Werbung von Warenterminmaklerfirmen in der Bundesrepublik Deutschland, und wie beurteilt sie sie gegebenenfalls vor allem unter dem Gesichtspunkt des Anlegerschutzes?

35. Abgeordneter **von der Heydt Freiherr von Massenbach** (CDU/CSU)

Hält die Bundesregierung es für möglich und nötig unlautere Praktiken gewisser Firmen auf dem Gebiet der Warenterminspekulation mit Privatpersonen einen Riegel vorzuschieben, und was gedenkt die Bundesregierung gegebenenfalls in diesem Zusammenhang zu tun?

36. Abgeordneter **Müller (Schweinfurt)** (SPD)

Kann die Bundesregierung Auskunft über die Zahlungen der Mitgliedstaaten bzw. Rückflüsse an die Mitgliedstaaten der EG über den EG-Haushalt 1978 erteilen?

37. Abgeordneter **Müller (Schweinfurt)** (SPD)

Sind der Bundesregierung die Gründe für die relativ hohe Zahlerposition einiger Mitgliedstaaten bekannt, die sich Presseberichten zufolge für das Jahr 1978 ergeben haben sollen?

38. Abgeordnete **Frau Dr. Martiny-Glotz** (SPD)

Hat die Flughafen GmbH München, an der der Bund beteiligt ist, vor der bayerischen Kommunalwahl 1978 Plakate finanziert, in denen sich Angriffe gegen das Bundesverteidigungsministerium bzw. gegen Abgeordnete der Regierungskoalition befinden?

39. Abgeordnete **Frau Dr. Martiny-Glotz** (SPD)

Hat die Bundesregierung Einfluß auf die Verwendung von Geldern der Flughafen GmbH in München, und wenn ja, hält sie Maßnahmen für geraten, die verhindern, daß die Flughafen GmbH Plakate finanziert, in denen sich Angriffe gegen das Bundesverteidigungsministerium bzw. gegen Abgeordnete der Regierungskoalition befinden?

40. Abgeordnete **Frau Funcke** (FDP)

Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, die vorzeitige Kündigung eines Sparprämienvertrags ohne Verlust der Sparprämie alternativ zur Eheschließung auch bei der Geburt des ersten Kindes zuzulassen?

41. Abgeordneter **Böhm (Melsungen)** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß beabsichtigt ist, im Waldgebiet oberhalb des Hünfelder Stadtteils Michelsrombach im hessischen Zonenrandkreis Fulda einen Außenlandeplatz für Hubschrauber der US-Armee zu errichten, nachdem die Verlegung des Flugplatzes Fulda-Sickels in den Michelsrombacher Wald nach Angaben des Bundesfinanzministeriums nicht mehr erwogen wird?

42. Abgeordneter **Böhm (Melsungen)** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß alle Argumente, die gegen Verlegung des Flugplatzes Fulda-Sickels in den Michelsrombacher Wald sprachen, auch im Fall der Errichtung eines Außenlandeplatzes im vollen Umfang zutreffen, und welche Alternativen zur Lösung des Flugplatzproblems sieht die Bundesregierung?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

43. Abgeordneter **Schäfer (Offenburg)** (SPD)

Wie hoch sind die Bürgschaften, die die Bundesrepublik Deutschland für den Export kerntechnischer Anlagen leistet?

44. Abgeordneter **Schäfer (Offenburg)** (SPD)

Wie hoch wären die finanziellen Belastungen für den Steuerzahler für den Fall, daß die Regierung des Iran die Verträge mit der Kraftwerksunion zur Lieferung kerntechnischer Anlagen kündigt?

45. Abgeordneter **Dr. Schneider** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, angesichts der Heizölkostensteigerung der letzten Zeit, den einkommensschwächeren Beziehern einen Heizölkostenzuschuß zu gewähren, und bis wann ist die Bundesregierung in der Lage, gegebenenfalls einen entsprechenden Gesetzentwurf vorzulegen?

46. Abgeordneter **Dr. Langner** (CDU/CSU)

Ist nach Ansicht der Bundesregierung die Mitteilung der Esso-AG an ihre Vertragshändler, nur beschränkte Kontingente von Mineralölen liefern zu wollen, für das Bundeskartellamt Anlaß, tätig zu werden, wenn man berücksichtigt, daß die Rohöleinfuhr im Mai gegenüber dem Vorjahr sogar gestiegen ist?

47. Abgeordneter **Lenzer** (CDU/CSU)

Auf Grund welcher Erkenntnisse hat sich die Bundesregierung gegenüber der IEA verpflichtet, den für 1979 vorgesehenen Ölverbrauch um 5 v. H. zu senken, und wie soll dies im einzelnen erreicht werden?

48. Abgeordneter **Dr. Spöri** (SPD)

Wird die Bundesregierung gegenüber ihren Partnerstaaten im Rahmen der Internationalen Energieagentur dafür eintreten, daß Lieferpolitik und Preisgestaltung der multinationalen Ölgesellschaften einer wirksamen internationalen Kontrolle unterworfen werden?

49. Abgeordneter **Ey** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung das Verlangen des englichen Ölexperten Dr. Paul Frankel nach Einführung eines die westliche Welt umspannenden Verteilungssystems für Rohöl?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

50. Abgeordneter **Dr. von Geldern** (CDU/CSU)

Wie hat die Bundesregierung gegenüber den in einem von deutscher Seite für frei zugänglich gehaltenen Bereich der Ostsee durch sowjetische Polizeiboote aufgebrachten und zum Verlassen des Gebiets gezwungenen mindestens 14 deutschen Kutterfischern, wie der Sowjetunion gegenüber auf diesen Vorfall reagiert, was wird die Bundesregierung zur Vermeidung derartiger Vorfälle in der Zukunft unternehmen?

51. Abgeordneter **Paintner** (FDP)

Wie bewertet die Bundesregierung die Effizienz unserer Landwirtschaft, die in Großbritannien immer wieder als ineffizient dargestellt wird?

52. Abgeordneter **Paintner** (FDP)

Wieviel Dorferneuerungsvorhaben werden gegenwärtig aus dem Zukunftsinvestitionsprogramm der Bundesregierung bedient, und wieviel konnten nicht berücksichtigt werden?

53. Abgeordneter **Kiechle** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, bei den bevorstehenden Agrarpreisverhandlungen in Brüssel im Ministerrat bei den Überlegungen zur sogenannten Mitverantwortungsabgabe den EG-Grundsatz, „daß die Landwirtschaft in Grünlandgebieten langfristig erhalten und abgesichert werden muß, weil sie nach Lage und Klima keine Einkommensalternative zu diesem Betriebszweig hat", zu berücksichtigen und bei der eventuellen Festsetzung einer solchen Abgabe entsprechend zu verfahren?

54. Abgeordneter **Kiechle** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, jeden Beschluß in Brüssel abzulehnen, der einer kollektiven Zwangsabgabe für europäische Milcherzeuger gleichkommt, sondern für das Verursacherprinzip einzutreten und dabei die besondere Lage der Grünlandgebiete zu berücksichtigen?

55. Abgeordneter **Susset** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Belastungen der Gartenbaubetriebe durch die Beheizung der Gewächshäuser bei der Benutzung von Heizöl von 1972 bis 1979 um das Vierfache gestiegen sind, und was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um die deutschen Gärtner auf dem europäischen Markt konkurrenzfähig zu halten?

56. Abgeordneter **Dr. Steger** (SPD)

Trifft es zu, daß nur deutsche Fleisch- und Wurstexporte in die EG einer nochmaligen veterinärmedizinischen Untersuchung unterworfen werden, und welches sind gegebenenfalls die Gründe dafür, daß es hier noch nicht zu einer wesentlichen Vereinfachung und Vereinheitlichung im EG-Raum gekommen ist?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

57. Abgeordneter **Pensky** (SPD)

Erwägt die Bundesregierung Maßnahmen, wonach in den Behindertenwerkstätten Tätige die Möglichkeit einer betrieblichen Altersversorgung, ähnlich wie sie für Arbeitnehmer in der privaten Industrie bestehen, erhalten können, und sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, für diesen Personenkreis einen Beitrag zur Vermögensbildung zu leisten, wie dies ebenfalls im Bereich der Privatwirtschaft möglich ist?

58. Abgeordneter **Pensky** (SPD)

Erwägt die Bundesregierung, zur Pflege bettlägeriger Schwerbehinderter finanzielle Mittel für eine häusliche Hilfe bereitzustellen, da diese Verfahrensweise wohl kostengünstiger ist als die Bereitsstellung eines Pflegeplatzes im Heim, und beabsichtigt die Bundesregierung diesbezügliche Absprachen mit den Krankenkassen?

59. Abgeordneter **Müller (Berlin)** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung bestätigen, daß die Ausgaben der sozialen Krankenkassen je Mitglied gegenüber dem Jahr 1977, trotz Krankenversicherungskostendämpfungsgesetz, wieder – zum Teil sogar sprunghaft – ansteigen, und wenn ja, wie lauten die Vergleichszahlen?

60. Abgeordneter **Müller (Berlin)** (CDU/CSU)

Auf welche Ursachen führt die Bundesregierung gegebenenfalls diese Kostensteigerungen nach ihren Erkenntnissen zurück?

61. Abgeordneter **Dr. Spöri** (SPD)

Wird die Bundesregierung dem vom baden-württembergischen Ministerpräsidenten Späth vorgeschlagenen „einmaligen zeitlich und zahlenmäßig begrenzten Versuch", nach dem „Schweizer Modell" kurzfristig Arbeitskräfte aus dem Ausland für das Hotel- und Gaststättengewerbe anzuwerben, zustimmen?

62. Abgeordneter **Dr. Steger** (SPD)

Welche Projekte zur Humanisierung der Arbeit im Bereich der Fleischwarenindustrie hat die Bundesregierung seit 1976 gefördert, und wie sind deren Ergebnisse bzw. Umsetzungsmöglichkeiten zu beurteilen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

63. Abgeordneter **Dr. Voss** (CDU/CSU)

Seit wann besteht in der Bundeswehr eine hinreichende Konzeption für einen medizinischen ABC-Schutz, und welche Entwicklung ist hier im Laufe des letzten Jahrs eingetreten?

64. Abgeordneter **Dr. Voss** (CDU/CSU)

Welchen Stand hat die Bundeswehr im Vergleich zu anderen NATO-Staaten, und wie ist der Stand der NATO im Vergleich zum Warschauer Pakt?

65. Abgeordneter **Dr. Schneider** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß das Bundesverteigungsministerium dadurch den reibungslosen Ablauf des Deutschen Evangelischen Kirchentags in Nürnberg ernsthaft gefährdet hat, daß es sich kurzfristig und nur telefonisch geweigert hat, auf die wiederholten Bitten der Organisationsleitung des Kirchentags, Soldaten abzustellen, und daß anstelle der Bundeswehrsoldaten dann kurzfristig amerikanische Soldaten eingesprungen sind?

66. Abgeordnete **Frau Verhülsdonk** (CDU/CSU)

Ist der Bundesverteidigungsminister Dr. Apel bereit, wie es die Industrie- und Handelskammer Koblenz vorschlägt, auch im Raum Koblenz, Eifel, Hundsrück, Westerwald und Taunus eine Informationsveranstaltung durchführen zu lassen über Fragen der Belästigungen der Bürger durch den militärischen Fluglärm entsprechend der von ihm geleiteten Veranstaltung im süddeutschen Raum?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

67. Abgeordneter **Dr. Hüsch** (CDU/CSU)

Entsprechen die aus der DDR insbesondere im Wege der Kompensationsgeschäfte in die Bundesrepublik Deutschland eingeführten und hier in den Handel gebrachten Biere nach dem Erkenntnisstand der Bundesregierung dem bundesdeutschen Reinheitsgebot insbesondere, was Zusätze an Rohfruchtzucker, Reis, Gerstenrohfrucht und Enzyme anbetrifft, und wenn nein, welche Folgerungen kann die Bundesregierung daraus innerhalb ihres Verantwortungsbereichs mit dem Ziele ziehen, die Einfuhr dieser Biere zu unterbinden?

68. Abgeordneter **Dr. Hüsch** (CDU/CSU)

Sind die Kontrolle und das Kontrollverfahren bezüglich der in der Bundesrepublik Deutschland in den Verkehr gebrachten Biere aus der DDR in bundesrechtlichen Rechts- und/oder Verwaltungsvorschriften geregelt, und wenn ja, welche Behörden sind durch diese Vorschriften zu deren Durchführung bestimmt worden und welches Kontrollverfahren ist vorgesehen?

69. Abgeordneter **Glos** (CDU/CSU)

Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse vor, wonach Margarine nicht vor dem Herztod schütze, sondern womöglich sogar die Krebsentstehung fördere (vgl. Spiegel Nr. 19/1979)?

70. Abgeordneter **Glos** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, in ihr Forschungsprogramm Untersuchungen aufzunehmen, die Klarheit darüber schaffen, ob und inwieweit der Verzehr hochungesättigter Fettsäuren krankheitsverursachend ist?

71. Abgeordneter **Susset** (CDU/CSU)

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, um die durch die Verteuerung der Heizölpreise bis an die Grenze ihrer Belastbarkeit gebrachten Haushalte zu entlasten?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen

72. Abgeordneter **Roth** (SPD)

Können die verbilligten Busfahrkarten, die den Inhabern von Seniorenpässen angeboten werden, auch in den Bahn- und Postbussen verkauft werden, weil die kleineren Bahnhöfe ihre Schalter meist nur stundenweise geöffnet haben, an Wochenenden oft überhaupt nicht, und die Senioren daher gezwungen sind, in den Bussen die Fahrkarten zum vollen Preis zu kaufen?

73. Abgeordneter **Roth** (SPD)

Warum bieten die Deutsche Bundesbahn und die Deutsche Bundespost in ihren Bussen die billigeren Sammelkarten nicht grundsätzlich auf allen befahrenen Strecken an, sondern nur auf den Strecken, auf denen auch private Busunternehmen dieses Angebot machen?

74. Abgeordneter **Dr. Bötsch** (CDU/CSU)

Aus welchen Gründen läßt es die Deutsche Bundesbahn zu, daß in den sogenannten Zugbegleitern für Sex-Shops Anzeigenwerbung betrieben wird, und hält die Bundesregierung diese Werbung für vertretbar?

75. Abgeordneter **Grunenberg** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Möglichkeit, die Seeunfalluntersuchungen anstatt in den diesbezüglichen Neuordnungsplänen vorgesehenen drei Seeämtern in einer dem Luftfahrt-Bundesamt vergleichbaren Behörde zentral vorzunehmen?

76. Abgeordneter **Grunenberg** (SPD)

Hält die Bundesregierung die Ortung und Untersuchung auf hoher See gesunkener Schiffe zur Klärung der Unfallursache für technisch durchführbar und kostenmäßig vertretbar, oder welche Lösungen schweben ihr vor, um Schiffsunfälle, wie den beispielsweise der „München", zweifelsfrei aufzuklären?

77. Abgeordneter **Schartz (Trier)** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß das Wasser- und Schiffahrtsamt Trier aufgelöst werden soll, wie der Trierische Volksfreund vom 17. Mai 1979 meldet?

78. Abgeordneter **Schartz (Trier)** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung im Fall der Bejahung der Frage 77 die Auffassung, daß damit eine weitere unvertretbare Schwächung der Wirtschaftskraft der Stadt Trier herbeigeführt wird, und sieht die Bundesregierung nicht die Notwendigkeit, nach der Auflösung der Bundesbahndirektion Trier und der Oberpostdirektion Trier und nach der zu befürchtenden Umwandlung des Eisenbahnausbesserungswerks Trier neue Arbeitsplätze der öffentlichen Hand in Trier zu schaffen?

79. Abgeordneter **Bindig** (SPD)

Gibt es für den Flug- und Schiffsverkehr keine Regelung, die den im Straßenverkehr geltenden Bestimmungen bei Blutalkoholgehalt des Fahrers entsprechen, und wenn nein, welche Folgerungen zieht die Bundesregierung daraus?

80. Abgeordneter **Bindig** (SPD)

Sieht auch die Bundesregierung eine Gefährdung von Passagieren und der Bevölkerung, wenn, wie am 17. Mai 1979 bei einem Piloten der von Zürich kommenden Linienmaschine der „Delta Air Regionalverkehr GmbH & Co" bei einer Polizeikontrolle auf dem Flughafen von Friedrichshafen ein Blutalkoholgehalt in Höhe von 1,32 Promille, der im Straßenverkehr absolute Fahruntüchtigkeit bedeutet, festgestellt wird, und welche Konsequenzen zieht sie gegebenenfalls daraus?

81. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß Vertreter des Bundespostministeriums auf den Westdeutschen Rundfunk Köln Druck ausgeübt haben, um die Ausstrahlung im Ersten Fernsehprogramm der für den 6. April 1979 angekündigten Wiederholungssendung „Kraftproben: Ulrich Jochimsen – Der Mann, der sich mit der Post anlegt" zu verhindern, und wenn ja, welche Gründe waren dafür maßgebend?

82. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß auf Grund dieser bereits am 8. Dezember 1978 um 21.40 Uhr im Ersten Fernsehprogramm ausgestrahlten Sendung und der bisher noch nicht zustandegekommenen Wiederholungssendung Herrn Ulrich Jochimsen die Gelegenheit gegeben wurde, mit Vertretern der Bundesregierung (Bundeskanzleramt und Bundespostministerium) Gespräche über die Einführung neuer Fernmeldetechniken zu führen, und wenn ja, zu welchem Ergebnis haben diese Gespräche geführt?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

83. Abgeordneter **Lenzer** (CDU/CSU)

Warum plant die Bundesregierung erst jetzt, bis zum 15. August 1979 den Entwurf einer Änderung des Energieeinsparungsgesetzes vorzulegen, der eine verbrauchsabhängige Abrechnung der Heizkosten und andere Energieeinsparungsmaßnahmen zum Inhalt hat?

84. Abgeordneter **Dr. Jahn (Münster)** (CDU/CSU)

Welche Bedeutung mißt die Bundesregierung im Rahmen der Problematik weiter steigender Grundstückspreise dem Potential an unbebauten baureifen Grundstücken zu, und welche Anstrengungen hat sie in der Vergangenheit unternommen, die Größe dieses Potentials festzustellen?

85. Abgeordneter **Dr. Jahn (Münster)** (CDU/CSU)

Plant die Bundesregierung Maßnahmen, diese baureifen unbebauten Grundstücke dem Baulandmarkt zuzuführen, plant sie insbesondere eine Wiedereinführung der sogenannten Baulandsteuer (Grundsteuer C) oder ähnlicher Sonderbestimmungen für unbebaute baureife Grundstücke?

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

86. Abgeordneter **Daweke** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung im Besitz von Informationen, wonach die DDR an der innerdeutschen Grenze – z. B. am Grenzübergang Herleshausen – sogenannte Radarfallen eingerichtet hat und schon bei Übertretungen der Geschwindigkeit um nur 10 km/h Verwarnungsgelder in Höhe von 150 DM (West) erhebt?

87. Abgeordneter **Daweke** (CDU/CSU)

Falls ja, hält die Bundesregierung diese überhöhten Verwarnungsgelder für angebracht, und was tut sie, um die Behörden der DDR, die dafür die Verantwortung tragen, zu einer Änderung ihres Verhaltens gegenüber den betroffenen Bundesbürgern zu veranlassen?

88. Abgeordneter **Dr. Abelein** (CDU/CSU)

Wie vielen Personen wurde am Wochenende die Einreise von Berlin (West) nach Berlin (Ost) im Rahmen der sogenannten Tagesaufenthalte verweigert?

89. Abgeordneter **Dr. Abelein** (CDU/CSU)

Auf welche Altersgruppe bezog sich die Ablehnung, und welche sonstigen Kriterien waren nach Auffassung der Bundesregierung bei den Abweisungen erkennbar?

90. Abgeordneter **Lintner** (CDU/CSU)
Wie gedenkt die Bundesregierung künftig sicherzustellen, daß sich auch die DDR an abgeschlossene Verträge und sonstige Vereinbarungen hält?

91. Abgeordneter **Kunz (Berlin)** (CDU/CSU)
Wie vertragen sich die Zurückweisungen mit den Besucherregelungen, die zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR bzw. dem Berliner Senat und Ost-Berlin bestehen?

92. Abgeordneter **Kunz (Berlin)** (CDU/CSU)
Wann wurde die Bundesregierung von den Zurückweisungen unterrichtet, und welche Schritte hat sie gegenüber Ost-Berlin eingeleitet?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

93. Abgeordneter **Rapp (Göppingen)** (SPD)
Haben sich seit der Stellungnahme der Bundesregierung vom März 1977 zur Einführung von Wasserstoff als alternativem Energieträger neue Gesichtspunkte ergeben, und waren diese – gegebenenfalls – Anlaß für Änderungen ihrer Förderpolitik auf dem Gebiet der Energieforschung?

94. Abgeordneter **Rapp (Göppingen)**
Ist ein Zeithorizont abzuschätzen, bis wann etwa mit der Einführung der „Wasserstoffwirtschaft" gerechnet werden könnte?

95. Abgeordnete **Frau Dr. Lepsius** (SPD)
Muß mit einem Abbau der bei Baden-Baden und Gernsbach gefundenen Uranvorkommen nunmehr gerechnet werden, nachdem die vom Land Baden-Württemberg genehmigte Suche nach Uran im oben genannten Gebiet durch die Saarberg-Interplan auf eines der bedeutendsten Uranvorkommen in der Bundesrepublik Deutschland und damit auf ein öffentliches Interesse am Uranabbau schließen lassen, und ab welchem Zeitpunkt ist gegebenenfalls mit dem Abbau von Uran zu rechnen?

96. Abgeordneter **Gansel** (SPD)
Welche Konsequenzen wird die Bundesregierung aus der Stellungnahme des Wissenschaftsrats zum Standort des geplanten Polarforschungsinstituts ziehen, und wann ist mit einer Standortentscheidung zu rechnen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

97. Abgeordneter **Weisskirchen (Wiesloch)** (SPD)
Ist der Bundesregierung die Änderung des Verfahrens zum Übergang von der Grundschule in die weiterführenden Schulen bekannt, die die Landesregierung Baden-Württembergs laut „Stuttgarter Zeitung" vom 5. Mai 1979 beabsichtigt, und welche Folgerungen zieht die Bundesregierung, sofern die beabsichtigten Änderungen nicht den Forderungen des Strukturberichts der Bundesregierung vom 22. Februar 1978 entsprechen und insbesondere nicht die auch von der Kultusministerkonferenz in ihrer Stellungnahme zum Strukturbericht vertretene Auffassung berücksichtigen, nach der „eine Vereinbarung wünschenswert wäre, bei der nach Abschluß der Orientierungsstufe dem Elternwunsch auf der Grundlage eines Schulgutachtens entscheidende Bedeutung zukommt"?

98. Abgeordneter **Weisskirchen (Wiesloch)** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, ob und gegebenenfalls welche Vereinbarungen die Länder entsprechend der Ankündigung in der Stellungnahme der Kultusministerkonferenz vom 22. Februar 1978, „daß in der Bundesrepublik Deutschland ein stärkeres Maß an Einheitlichkeit, insbesondere in den von der Bundesregierung angesprochenen Problembereichen angestrebt werden muß" und „Änderungen und Verbesserungen in den genannten Bereichen notwendig und durch die Länder mit Vorrang zu realisieren sind", abgeschlossen und verwirklicht haben, und welche Folgerungen zieht sie daraus?

99. Abgeordnete **Frau Steinhauer** (SPD)

Trifft es zu, daß die schon im Jahr 1958 vom „Arbeitskreis für Rechtschreibregelung" erarbeiteten „Wiesbadener Empfehlungen" zur Neuordnung der Rechtschreibregeln trotz der z. B. 1973 von den Kultusministern der Länder einstimmig geforderten Kleinschreibreform nicht vorangetrieben wurden, und wenn ja, welche Erwägungen veranlaßten die Bundesregierung dazu?

100. Abgeordnete **Frau Steinhauer** (SPD)

Kann die Bundesregierung Auskunft darüber geben, wie sich in Fragen der Rechtschreibreform die Zusammenarbeit mit den anderen Ländern des deutschsprachigen Raums gestaltet, und sind in diesem Zusammenhang Befürchtungen zutreffend, daß sich möglicherweise unterschiedliche Rechtschreibregelungen durch Nichteinigung der beteiligten Länder ergeben?

B. Schriftliche Fragen gemäß IV. der Richtlinien sowie Fragen gemäß I. der Richtlinien, um deren schriftliche Beantwortung bis zur Drucklegung gebeten wurde

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

1. Abgeordneter **Dr. Schmitt-Vockenhausen** (SPD)

   Sind unter der gegenwärtigen Regierung Afghanistans bisher deutsche Interessen verletzt worden, und inwieweit sieht die Bundesregierung Einwirkungsmöglichkeiten zugunsten von Verfolgten in diesem Land?

2. Abgeordneter **Dr. Schmitt-Vockenhausen** (SPD)

   Warum wurde die Eröffnung des Goethe-Instituts in Tokio im neuen Gebäude nicht im angemessenen Zeitraum zur Fertigstellung des Gebäudes geplant, so daß nunmehr monatelang wertvoller Raum leersteht?

3. Abgeordneter **Dr. Corterier** (SPD)

   Hat die Bundesregierung bereits Vorstellungen darüber entwickelt, wie sie in Zukunft einen institutionalisierten Kontakt zu dem direkt gewählten Europäischen Parlament, der seiner gewachsenen Bedeutung entspricht, herstellen wird?

4. Abgeordneter **Dr. Corterier** (SPD)

   Welche institutionellen Vorkehrungen gedenkt die Bundesregierung insbesondere beim Auswärtigen Amt zu treffen?

5. Abgeordneter **Graf Huyn** (CDU/CSU)

   Welche Kreditwünsche hat die polnische Regierung seit den deutsch-polnischen Vereinbarungen vom September 1975 an die Bundesrepublik Deutschland gerichtet, und welche Haltung nimmt die Bundesregierung hierzu ein?

6. Abgeordneter **Dr. Köhler (Wolfsburg)** (CDU/CSU)

   Welche Erkenntnisse besitzt die Bundesregierung über Art und Umfang der militärischen Zusammenarbeit zwischen der DDR und Äthiopien – speziell im Bereich der Luftwaffe?

7. Abgeordneter **Dr. Köhler (Wolfsburg)** (CDU/CSU)

   Wie beurteilt die Bundesregierung den Besuch von Armeegeneral Hoffmann, Minister für nationale Verteidigung der DDR, in Äthiopien?

8. Abgeordneter **Dr. Schwencke (Nienburg)** (SPD)

   Welche Möglichkeiten hat die Bundesregierung, auf die europäische Konvention hinzuweisen, die den besonders in Italien üblichen Vogelmord zwar untersagt, aber noch keineswegs unterbunden hat?

9. Abgeordneter **Dr. Schwencke (Nienburg)** (SPD)

   Welche Reaktionen haben die verschiedenen Interventionen der Bundesregierung bislang erbracht?

10. Abgeordneter **Jäger (Wangen)** (CDU/CSU)

    Ist der Bundesregierung bekannt, was die für Berlin zuständigen drei Westmächte seit der Verurteilung Nico Hübner's durch ein Gericht in Ost-Berlin für seine Freilassung unternommen haben, und was beabsichtigen die drei Mächte nach den Erkenntnissen der Bundesregierung zu diesem Zweck in nächster Zeit zu unternehmen?

11. Abgeordneter **Dr. Czaja** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung des amerikanischen Sicherheitsberaters Brzezinski, daß die „Beziehungen zwischen Deutschen und Slawen mit Ausnahme der tragischen Ereignisse dieses Jahrhunderts meist friedlich waren" (Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 25. Mai 1979), und wenn ja, ist sie der Auffassung, daß die von ihr befürworteten deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen dies ausreichend und gegebenenfalls in welchen Thesen zum Ausdruck bringen?

12. Abgeordneter **Engelsberger** (CDU/CSU)

Wird der von der Bundesregierung aufgestellte Verhaltenskodex von deutschen Firmen in Südafrika eingehalten, oder ist die von der Gefangenenhilfsorganisation Amnesty International geübte Kritik an der Bundesrepublik Deutschland wegen des Verhaltens deutscher Firmen in Südafrika berechtigt?

13. Abgeordneter **Dr. Kunz (Weiden)** (CDU/CSU)

Hält es die Bundesregierung als Mitunterzeichnerin in Helsinki für vereinbar mit der Schlußakte, daß die CSSR die Menschenrechte in einer Weise verweigert, wie dies in den letzten Monaten geschehen ist, und wenn nein, welche Folgerungen zieht sie daraus?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

14. Abgeordneter **Schäfer (Offenburg)** (SPD)

Bei welchen in Betrieb, Bau bzw. Planung befindlichen Kernkraftwerken in der Bundesrepublik Deutschland hat das gesamte Steuerungs- und Sicherheitssystem eine geringere als eine dreifache Redundanz?

15. Abgeordneter **Schäfer (Offenburg)** (SPD)

In welchen kerntechnischen Anlagen in der Bundesrepublik Deutschland sind auf Grund welcher Vorgänge nachträgliche Auflagen im Rahmen der atomrechtlichen Aufsicht erfolgt?

16. Abgeordneter **Dr. Zeitel** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß eine extensive Anwendung des Datenschutzes, insbesondere bei der Auskunfterteilung aus öffentlichen oder öffentlich zugänglichen Registern, geeignet ist, die präventive Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität zu erschweren, und welche Folgerungen zieht sie gegebenenfalls daraus?

17. Abgeordneter **Dr. Zeitel** (CDU/CSU)

Beabsichtigt die Bundesregierung, bei der Konzipierung eines Bundesmeldegesetzes zu berücksichtigen, daß das Recht des Bürgers, seine Daten bei den Meldeämtern ohne Angabe von Gründen sperren zu lassen, die rechtzeitige Erkennung von Wirtschaftskriminellen erschweren kann?

18. Abgeordneter **Berger (Lahnstein)** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß heute, 30 Jahre nach Kriegsende und angesichts der sogenannten Liberalisierungsbemühungen bei der Einstellungspraxis in den öffentlichen Dienst, die im Antragsverfahren auf Nachversicherung auf Grund des § 72 des Gesetzes zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Artikel 131 GG fallenden Personen geforderte Vorlage eines Entnazifizierungsbescheids anachronistisch erscheint und, eine Diskriminierung bedeutet, und wenn ja, ist die Bundesregierung bereit, auf den Verzicht dieser Vorlage hinzuwirken?

19. Abgeordneter **Dr. Friedmann** (CDU/CSU)

Zu welchem Ergebnis hat die vor kurzem durchgeführte Besprechung über den notwendigen Bau einer Unterkunft für das THW Rastatt, an der auch Vertreter des Bundes neben solchen des Landes Baden-Württemberg sowie der Stadt und des Landkreises Rastatt teilgenommen haben, geführt?

20. Abgeordneter **Dr. Hennig** (CDU/CSU)

Worauf ist nach den Erkenntnissen der Bundesregierung der Störfall in Harrisburg zurückzuführen, „auf fünf gravierende Bedienungsfehler durch das Personal in Harrisburg, wobei am Anfang eine Fehlhandlung nach einer Reparatur stehe, die zumindest als grob fahrlässig zu bezeichnen sei" (so die Reaktorsicherheitskommission im Innenausschuß) oder jedenfalls nicht in entscheidendem Umfang auf menschliches Versagen, weil „die für die Überwachung zuständigen Techniker den Störfall wegen falscher oder nur äußerst schwierig zu interpretierender Übermittlungsdaten nicht hätten verhindern können", wie es der zuständige amerikanische Kongreßausschuß ermittelt hat?

21. Abgeordneter **Ueberhorst** (SPD)

Welche standortspezifischen ökologischen Untersuchungen in der Region Gorleben zum Schutz von Menschen und Umwelt hält die Bundesregierung für erforderlich, um nach den Beschlüssen der niedersächsischen Landesregierung die Geeignetheit des Standorts Gorleben für ein nukleares Endlager bewerten zu können?

22. Abgeordneter **Ueberhorst** (SPD)

Trifft es nach Kenntnis der Bundesregierung zu, daß die niedersächsische Landesregierung nach ihrem „vorläufig endgültigen" Bescheid zur Ablehnung der Wiederaufarbeitung (vgl. Regierungssprecher von Poser, Süddeutsche Zeitung 19./20. Mai 1979) auch alle anlagenspezifischen Prüfprozesse insbesondere bei der TÜV-Arge eingestellt hat, oder werden diese fortgesetzt?

23. Abgeordneter **Ueberhorst** (SPD)

Kann die Bundesregierung bestätigen, daß die niedersächsische Landesregierung trotz ihrer „vorläufig endgültigen" Entscheidung gegen den Bau einer Wiederaufarbeitungsfabrik in Gorleben die TÜV-Arge weiterhin anlagenspezifische Prüfprozesse durchführen läßt, während sie das geplante regionalökologische Gutachten nicht mehr durchführen lassen will, und wie bewertet die Bundesregierung gegebenenfalls diesen Abbau von standortspezifischen Prüfprozessen?

24. Abgeordnete **Frau Dr. Lepsius** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die mit dem neuen Adoptionsrecht restriktiv gesetzte Norm des § 1757 Abs. 2 BGB für die Vornamensänderung eines Adoptivkinds entgegen der Absicht des Gesetzgebers von Adoptiveltern mit Hilfe der §§ 11, 1 bis 3, 5, 7 und 9 des Gesetzes über die Änderung von Familiennamen und Vornamen (Namensänderungsgesetz) ständig unterlaufen und der Vorname ohne Rücksicht auf das Wohl des Kindes und seine Identität mit seinem Vornamen verändert wird, und was gedenkt die Bundesregierung hiergegen zu unternehmen?

25. Abgeordnete **Frau Dr. Lepsius** (SPD)

Wird die Bundesregierung – gegebenenfalls im Bürgerlichen Gesetzbuch – zweifelsfrei sicherstellen, daß Änderungen des Vornamens von Kindern, die das erste Lebensjahr vollendet haben, und von Jugendlichen nach § 11 des Namensänderungsgesetzes

in Verbindung mit § 3 des Namensänderungsgesetzes nur ausnahmsweise erfolgen, wenn diese aus schwerwiegenden Gründen zum Wohl des Kindes erforderlich ist, und eine Vorlage zur Novellierung des § 11 des Namensänderungsgesetzes im Hinblick auf § 1757 Abs. 2 BGB einbringen?

26. Abgeordnete **Frau Dr. Lepsius** (SPD)

Wird der Entwurf für eine Neufassung der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zum Gesetz über die Änderung von Familiennamen und Vornamen das Regel-Ausnahmeverhältnis der Norm des § 1757 Abs. 2 BGB (Regel – Vorname bleibt unverändert, Ausnahme – Vorliegen schwerwiegender Gründe) entsprechend berücksichtigen, und gegebenenfalls wie?

27. Abgeordneter **Dr. Laufs** (CDU/CSU)

Welches ist der Stand der Genehmigungsverfahren der gegenwärtig sich in Planung und Bau befindlichen Kernkraftwerke in der Bundesrepublik Deutschland, und wann erfolgte die Antragstellung nach § 7 des Atomgesetzes?

28. Abgeordneter **Dr. Laufs** (CDU/CSU)

Wie lange dauerte die Errichtung der sich in Betrieb befindlichen Kernkraftwerke der Bundesrepublik Deutschland jeweils vom Tag der Antragstellung nach § 7 des Atomgesetzes bis zum Tag der ersten Betriebsgenehmigung?

29. Abgeordneter **Dr. Laufs** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, welche Teilerrichtungs- und -betriebsgenehmigungen im Rahmen des atomrechtlichen Genehmigungsverfahrens von welchen in Betrieb befindlichen Kernkraftwerken der Bundesrepublik Deutschland noch nicht rechtskräftig abgeschlossen sind?

30. Abgeordneter **Ey** (CDU/CSU)

Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung zum verbesserten Schutz des Bürgers gegen den staatlichen und privaten Datenmißbrauch?

31. Abgeordneter **Ey** (CDU/CSU)

Was unternimmt die Bundesregierung zum Ausbau von Informationsaustauschen und -reisen deutscher Umweltschutzexperten in westliche und östliche Industrienationen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

32. Abgeordneter **Paintner** (FDP)

Ist Großbritannien eigentlich jetzt größter Nettozahler in der Europäischen Gemeinschaft, wie immer behauptet wird, bzw. wie stellen sich die Leistungen und Rückflüsse der einzelnen Mitgliedsländer nach und von Brüssel gegenwärtig dar?

33. Abgeordneter **Dr. Schmitt-Vockenhausen** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Oberfinanzdirektionen die Frage der Wertminderung von Grundstücken durch übermäßigen Lärm im Einzugsbereich von Flugplätzen unterschiedlich behandeln, und ist sie bereit, einheitliche Richtlinien zur Anwendung des § 82 Abs. 1 Nr. 1 des Bewertungsgesetzes zu erlassen?

34. Abgeordneter **Dr. Schmitt-Vockenhausen** (SPD)

Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um den betroffenen Flugplatzrandgemeinden den ihnen hieraus entstehenden Grundsteuerausfall zu ersetzen?

35. Abgeordneter **Seefeld** (SPD)

Sind der Bundesregierung die Vorwürfe des deutschen Straßenverkehrsgewerbes bekannt, daß durch unnötige Grenzaufenthalte die deutschen Straßenverkehrsunternehmen im vergangenen Jahr nahezu eine Milliarde DM als Verlust abbuchen mußten, und — wenn ja — wie kann erreicht werden, daß die durchschnittlichen Aufenthalte von etwa eineinhalb Stunden pro Lastkraftwagen an den Grenzübergängen wesentlich verringert werden?

36. Abgeordneter **Dr. Warnke** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die Wärmepreisdifferenz nach § 3 Abs. 3 des Dritten Verstromungsgesetzes auf Grund der Ölpreisentwicklung der vergangenen Monate erheblich zurückgegangen ist, und ist die Bundesregierung bereit, durch Rechtsverordnung nach § 4 Abs. 4 des Dritten Verstromungsgesetzes den Kohlepfennig (Ausgleichsabgabe nach § 3 des Dritten Verstromungsgesetzes) zu senken?

37. Abgeordneter **Peter** (SPD)

Wie begründet die Bundesregierung die Anerkennung der Motorflugsportverbände als gemeinnützig?

38. Abgeordneter **Dr. Friedmann** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung nunmehr bereit, die Überreste des im Jahr 1976 von der Bundesvermögensverwaltung aufgekündigten Munitionsdepots unweit der Omerskopfstraße bei Neusatzeck über dem Wiedeg kurzfristig auf ihre Kosten beseitigen zu lassen und somit einem Anliegen aller Anwohner und Naturfreunde Rechnung zu tragen?

39. Abgeordneter **Windelen** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Finanzbehörden die staatlichen Zuschüsse für Erstinnovationen im Rahmen des sogenannten Erstinnovationsprogramms als ertragsteuerpflichtige Betriebseinnahmen behandeln und die mit der Erstinnovation verbundenen Risiken nicht als passivierungsfähig anerkennen, und wenn ja, wie hat sie bisher darauf reagiert?

40. Abgeordneter **Windelen** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die volle Besteuerung der Zuschüsse die Ziele der Erstinnovationsförderung durchkreuzt und den zu fördernden Unternehmen nur Steine statt Brot gegeben werden, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?

41. Abgeordneter **Schröder (Lüneburg)** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung Auskunft darüber geben, in welcher Höhe Steuerausfälle entstehen würden, wenn die Hälfte der Vorsorgeaufwendungen der Selbständigen in gleicher Weise steuerfrei wären wie der Arbeitgeberbeitrag zur Sozialversicherung der Arbeitnehmer?

42. Abgeordneter **Dr. Schäuble** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Beschwerden Büsinger Grenzgänger über eine zu hohe Einkommensteuerbelastung, die sich daraus ergeben soll, daß die Einkommen, die die Grenzübergänger in Schweizer Franken erzielen, zur Besteuerung in D-Mark umgerechnet werden, obwohl die Gemeinde Büsingen in das schweizerische Zollgebiet einbezogen ist, so daß Schwankungen der D-Mark gegenüber dem Schweizer Franken für die Bürger der Gemeinde Büsingen nicht zu einer Änderung ihrer tatsächlichen Einkommensverhältnisse, wohl aber zu einer Änderung ihrer steuerpflichtigen Einkommen führen können?

43. Abgeordneter **Dr. Schäuble** (CDU/CSU)

Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, den von der Büsinger Bürgeraktion geforderten Kaufkraftausgleich zu gewähren, oder welche andere Möglichkeit sieht die Bundesregierung, den Beschwerden der Büsinger Grenzgänger durch Maßnahmen in ihrem Verantwortungsbereich abzuhelfen?

44. Abgeordneter **Schlaga** (SPD)

Hat die Bundesregierung Anhaltspunkte dafür, daß der gleichzeitigen Erhöhung der Zinsen für Kredite (am 6. April 1979) und der Sparzinsen (am 17. April 1979) durch die drei Großbanken Deutsche, Dresdner und Commerzbank (laut Spiegel vom 21. Mai 1979) gesetzwidrige Absprachen zugrundegelegen haben?

45. Abgeordneter **Schlaga** (SPD)

Sieht die Bundesregierung die Ermittlungen in diesem Zusammenhang als abgeschlossen an, oder ist sie um weitere Untersuchungen der doch auffälligen Terminierung der Zinserhöhungen bemüht?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

46. Abgeordneter **Hoffmann (Saarbrücken)** (SPD)

Welche Überlegungen brachten das Bundeswirtschaftsministerium zu dem Ergebnis, daß in den Erlassen des Bundesinnenministeriums, in denen Mitarbeiter von Bundesbehörden und anderen Stellen gehalten werden, bei Dienstreisen und anderen vom Bund finanzierten Flugreisen vorrangig Flugzeuge der Deutschen Lufthansa zu benutzen, kein Verstoß gegen die gesetzlichen Vorschriften zum Schutz des Wettbewerbs zu sehen ist?

47. Abgeordneter **Dr. Häfele** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß auf dem Uhrensektor seitens der DDR ein diskriminierender Preiswettbewerb durchgeführt wird, dessen schädliche Wirkungen für die heimische Uhrenindustrie durch die Umsatzsteuerregelung für Warenbezüge aus der DDR noch verstärkt werden?

48. Abgeordneter **Dr. Häfele** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung gegebenenfalls bereit, entsprechende Untersuchungen einzuleiten und Gegenmaßnahmen (z. B. durch Streichung oder Herabsetzung des Umsatzsteuerkürzungssatzes) zu ergreifen?

49. Abgeordneter **Kühbacher** (SPD)

Beabsichtigt die Bundesregierung, die Richtlinien für die Berücksichtigung bevorzugter Bewerber bei der Vergabe öffentlicher Aufträge (Vertriebene, Sowjetzonenflüchtlinge, Evakuierte, Verfolgte, Werkstätten für Behinderte und Blindenwerkstätten) vom 15. August 1975 dahin gehend zu ändern, daß die Bevorzugung der Vertriebenen, der Sowjetzonenflüchtlinge, der Evakuierten und der Verfolgten zehn Jahre nach Ausstellung des Ausweises beendet wird, die Werkstätten für Behinderte und die Blindenwerkstätten jedoch uneingeschränkt weiter berücksichtigt werden?

50. Abgeordneter **Kühbacher** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß zahlreiche junge Handwerker und Unternehmer durch die Tatsache der Bevorzugung insbesondere von Vertriebenen, Flüchtlingen und Evakuierten seit nunmehr mehr als 25 Jahren bei der Erlangung öffentlicher Aufträge Schwierigkeiten haben, und daß die Gründung von Neuexistenzen auch durch diese nicht

mehr zeitgemäße Handhabung der Bevorzugung erschwert wird, und beabsichtigt sie, daraus Folgerungen auch für die Auftraggeber bei den übrigen öffentlichen Händen (Länder, Gemeinden u. a.) zu empfehlen?

51. Abgeordneter **Stockleben** (SPD)

Welche Modellvorhaben zu Energiesparmaßnahmen der niedersächsischen Verbraucherberatung werden durch Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen gefördert, und wie lange wird dieser Modellversuch fortgeführt werden?

52. Abgeordneter **Lenzer** (CDU/CSU)

Plant die Bundesregierung, die Hemmnisse zur Einführung elektrischer Wärmepumpen durch eine Änderung der Bundestarifordnung/Elektrizität abzuschaffen, und wenn ja, aus welchen Gründen?

53. Abgeordneter **Lenzer** (CDU/CSU)

In welchem Umfang wird nach ihrer Auffassung durch die Nachfrage nach elektrischen Wärmepumpen der Stromverbrauch steigen?

54. Abgeordneter **Dr. Hennig** (CDU/CSU)

Welche Schritte gedenkt die Bundesregierung zu unternehmen, damit die bisher in den einzelnen Ländern der EG noch sehr unterschiedlichen Sicherheits- und Lärmvorschriften harmonisiert werden, um so auch eine Exporterschwernis deutscher Firmen, z. B. im Werkzeugmaschinenbau, abzubauen?

55. Abgeordneter **Dr. Hennig** (CDU/CSU)

Eine wieviel Prozent höhere Preissteigerungsrate wird nach den Erkenntnissen der Bundesregierung durch eine Steigerung des Rohölpreises um 8 v. H. verursacht?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

56. Abgeordneter **Kiechle** (CDU/CSU)

Welche konkreten Maßnahmen schlägt die Bundesregierung vor, um den Milchüberschuß auf dem europäischen Agrarmarkt einzudämmen, und ist die Bundesregierung bereit, solche Maßnahmen EG-einheitlich durchzusetzen?

57. Abgeordneter **Kiechle** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, so lange jede „finanzielle Form von Mitverantwortung" bäuerlicher Betriebe zum Abbau von Überschüssen abzulehnen, wie andere Mitgliedstaaten der Gemeinschaft eine offensive Produktionsstrategie mit z. T. erheblichen staatlichen Sonderförderungen betreiben?

58. Abgeordneter **Eickmeyer** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die deutschen Kutterfischer zum Teil ihre Waren in den Niederlanden anlanden und sich dort mit billigerem Gasöl versorgen können, als dies in der Bundesrepublik Deutschland möglich ist, und sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, die dadurch entstehenden Versorgungsengpässe am deutschen Frischfischmarkt zu vermeiden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

59. Abgeordneter **Dr. Stercken** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die Bundesversicherungsanstalt die Auszahlung der Renten davon abhängig machen kann, daß der Rentenempfänger seinen Wohnsitz in der Bundesrepublik Deutschland hat?

60. Abgeordneter **Dr. Stercken** (CDU/CSU)

Wie beabsichtigt die Bundesregierung künftig mit den Rentnern zu verfahren, die aus persönlichen Gründen oder deshalb, weil sie an eine europäische Einigung glauben, ihren ersten Wohnsitz in den Grenzgebieten unserer Nachbarstaaten nehmen?

61. Abgeordneter **Dr. Schöfberger** (SPD)

Ist die von der Bundesregierung angekündigte Prüfung der Frage, ob Art und Schwere der Arbeit auf Baustellen auch heute noch ein Beschäftigungsverbot zum Schutz von Frauen im Sinne der Arbeitsordnung von 1938 erforderlich macht, bereits abgeschlossen, und wenn ja, mit welchem Ergebnis oder bis wann ist mit einem Abschluß zu rechnen?

62. Abgeordneter **Dr. Schöfberger** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß das Verwaltungsgericht Ansbach im Wege der einstweiligen Anordnung die einschlägigen Bestimmungen der Arbeitsordnung von 1938 für grundgesetzwidrig erklärt hat, und will die Bundesregierung zuwarten, bis diese vorläufige Entscheidung in einem Hauptsachverfahren rechtskräftig bestätigt wird?

63. Abgeordneter **Dr. Hammans** (CDU/CSU)

Was beabsichtigt die Bundesregierung zu tun, um sicherzustellen, daß die homöopathischen Arzneimittel wie im AMG auch in der Kostenerstattung gleichgestellt sind, und nicht so verfahren wird, wie aus einer Mitteilung der AOK Bonn vom 19. April 1979 an ein Heil- und Erziehungsinstitut für Seelenpflege bedürftiger Kinder hervorgeht, daß Mittel der Laienwerbung sowie Homöopathika in der kassenärztlichen Verordnung nicht verordnet werden sollen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

64. Abgeordneter **Würzbach** (CDU/CSU)

Sind von der Bundesregierung zur Zeit Maßnahmen eingeleitet bzw. ergriffen worden, um innerhalb der Bundeswehr die „Bürokratisierung" mit all ihren schädlichen Folgewirkungen auf den täglichen militärischen Dienstablauf aber eben auch auf Verantwortungsbereitschaft und Verantwortungsbewußtsein einzudämmen und abzubauen, oder wartet die Bundesregierung erst auf Ergebnisse der dafür eingesetzten „Kommission"?

65. Abgeordneter **Würzbach** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß eine an der Führungsakademie der Bundeswehr für den Generalstabs- und Admiralsstabslehrgang geplante Abschlußveranstaltung zum Thema „Bundeswehr und Bürokratie" nach entsprechender Vorbereitung und Erarbeitung eines wissenschaftlichen Rahmens dazu nicht durchgeführt werden konnte, und wenn ja, aus welchem Grund?

66. Abgeordneter **Würtz** (SPD)

Welche Erfahrungen hat der Bundesverteidigungsminister mit der 12monatigen Ausbildung zum Unteroffizier inzwischen gemacht?

67. Abgeordneter **Würtz** (SPD)

Plant das Bundesverteidigungsministerium, im Rahmen des deutsch-amerikanischen Rüstungsabkommens vom 17. Oktober 1978 ein US-Trägerfahrzeug für das MLRS (Multiple Launch Rocket System) für den deutschen Bedarf auszuwählen, und wenn ja, sind etwaige Folgen für die deutsche Industrie und eventuell entstehende Probleme in bezug auf Standardisierung schon untersucht worden?

68. Abgeordneter **Dr. Friedmann** (CDU/CSU)

Will der Bundesverteidigungsminister mehr als 100 Millionen DM für den Bau und die Einrichtung eines zentralen wehrgeschichtlichen Museums in Koblenz-Ehrenbreitstein ausgeben, und wenn ja, wie sind diese Ausgaben mit der angespannten Finanzlage im Verteidigungsbereich mit Rücksicht darauf zu vereinbaren, daß in Rastatt ein vorbildliches Museum bereits besteht, das zu weit geringeren Kosten im Zusammenwirken mit dem Land Baden-Württemberg erweitert werden könnte?

69. Abgeordneter **Berger (Lahnstein)** (CDU/CSU)

Ist es zutreffend, daß im Unterschied zu einer vom Bundesverteidigungsminister persönlich gehandhabten Praxis in der Koblenzer Augusta-Kaserne es einem Zivilbediensteten der Bundeswehr verboten worden ist, mit seinem Personenkraftwagen, der einen Parteiaufkleber zur Europa-Wahl trug, das Kasernengelände zu befahren, und womit wird gegebenenfalls diese unterschiedliche Handhabung begründet?

70. Abgeordneter **Dr. Steger** (SPD)

Wie fördert die Bundesregierung Patenschaften von Schiffen der Bundesmarine und Städten, und warum werden offizielle Reisen von Bootsbesatzungen im Rahmen dieser Patenschaften nicht als Dienstreise (gegebenenfalls ohne Kostenerstattung) genehmigt, damit ein Versicherungsschutz für die Soldaten besteht?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

71. Abgeordneter **Hasinger** (CDU/CSU)

In welchem Umfang werden nach den Überlegungen der Bundesregierung ausländische Ärzte in der Bundesrepublik Deutschland eine ärztliche Tätigkeit auf Grund der Freizügigkeit nach europäischem Recht aufnehmen (aufgeschlüsselt nach Herkunftsländern)?

72. Abgeordneter **Stutzer** (CDU/CSU)

Ab wann und in welcher Höhe beabsichtigt die Bundesregierung, Minderbemittelten Beihilfen zu den Ölkosten zu gewähren?

73. Abgeordneter **Stutzer** (CDU/CSU)

Welchem Personenkreis wird die Bundesregierung diese Beihilfen gewähren, denkt sie daran, auch kleinen Betrieben, die durch die Ölpreiserhöhung besonders stark belastet sind und deren Wettbewerbs- und Existenzfähigkeit hierdurch bedroht wird, zu helfen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen

74. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)
Welchen Stand hat inzwischen der Ausbau der Ortsumgehung Bad Münstereifel – Iversheim im Zuge der Bundesstraße B 51 erreicht?

75. Abgeordneter **Eymer (Lübeck)** (CDU/CSU)
Nach welchen Ausschreibungskriterien wird die Vergabe der Verpachtung von Gaststätten, Verkaufsbuden etc. auf den Bahnhöfen der Deutschen Bundesbahn durchgeführt?

76. Abgeordneter **Eymer (Lübeck)** (CDU/CSU)
Wodurch läßt sich rechtfertigen, daß sich die Deutsche Bundesbahn von Lieferanten Sanierungsmaßnahmen von Gaststätten und Verkaufsbuden bezahlen läßt, und ist dies eine grundsätzliche Praxis der Verwaltung der Deutschen Bundesbahn?

77. Abgeordneter **Eymer (Lübeck)** (CDU/CSU)
Wann ist mit der endgültigen Fertigstellung des Ausbaus der Autobahn Hamburg – Lübeck zu rechnen, und wann wird das Teilstück nach Travemünde fertiggestellt sein?

78. Abgeordneter **Eymer (Lübeck)** (CDU/CSU)
Ist die Zeitspanne annähernd bekannt, die zwischen der Planung der Straßenbaumaßnahme und der endgültigen Fertigstellung verstrichen sein wird?

79. Abgeordneter **Spranger** (CDU/CSU)
Ist der Bundesregierung bekannt, daß die landwirtschaftlichen Lehrlinge und auch die im elterlichen Betrieb mithelfenden Familienangehörigen unter 18 Jahren, die normalerweise nur einen Führerschein der Klasse IV besitzen, jene Schleppertypen nicht mehr führen dürfen, die auf Grund ihrer Zulassung schneller als 25 km/h fahren, und was gedenkt die Bundesregierung zu tun, diese für viele landwirtschaftliche Betriebe außerordentlich belastende Regelung dahin gehend zu ändern, daß diesem Personenkreis auch das Fahren von Schleppern bis zu einer Höchstgeschwindigkeit von 30 km/h ermöglicht wird?

80. Abgeordneter **Seefeld** (SPD)
Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, wieviel Prozent des Gesamtprimärenergieverbrauchs bei einer Tempobegrenzung auf 130 km/h eingespart werden könnten?

81. Abgeordneter **Dr. Haussmann** (FDP)
Liegen jetzt, sechs Monate nachdem das Bundesverkehrsministerium gebeten wurde, die Forschungsgesellschaft für das Straßenwesen e. V. in Köln zu beauftragen, alle mit der Einrichtung von Selbstbedienungstankstellen an Bundesautobahnen zusammenhängende Fragen in einem Ausschuß näher untersuchen zu lassen, Ergebnisse vor?

82. Abgeordneter **Dr. Haussmann** (FDP)
Sieht die Bundesregierung angesichts der enorm steigenden Benzinpreise sich veranlaßt, in Zusammenarbeit mit der bundeseigenen Gesellschaft für Nebenbetriebe der Bundesautobahnen konkrete Schritte in Richtung SB-Tankstelle an Bundesautobahnen zu unternehmen?

83. Abgeordneter **Pensky** (SPD)
Inwieweit hat die Deutsche Bundesbahn Vorkehrungen getroffen, daß an den Rollstuhl gebundene Behinderte zumutbar in Reisezügen der Deutschen Bundesbahn befördert werden können?

84. Abgeordneter **Dr. Müller** (CDU/CSU)

Warum will die Deutsche Bundesbahn im Rahmen der Herstellung eines betriebswirtschaftlich optimalen Netzes die Anschlußstrecke von Simbach nach Mühldorf für den Personenverkehr stillegen, während die Österreichische Bundesbahn die Strecke Braunau – Ried zu modernisieren und zu elektrifizieren beabsichtigt?

85. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)

Wie ist zur Zeit der Stand des Baus der Bundesstraße B 67 im Bereich der Stadt Rees, und ist die Bundesregierung bereit, das Begehren der Städte Rees, Bocholt, Rhede und Isselburg auf vorzeitigen Ausbau der B 67 zu unterstützen?

86. Abgeordneter **Würtz** (SPD)

Besitzt der Bundesverkehrsminister ein mit den Ländern Niedersachsen und Bremen abgestimmtes Konzept für den öffentlichen Personennahverkehr im Ballungsraum Bremen, und wenn nein, welche erste Vorstellungen sind bisher entwickelt worden?

87. Abgeordneter **Graf Huyn** (CDU/CSU)

Wird die Bundesregierung bei der Entscheidung über eine mögliche Stillegung von Bundesbahnstrecken nicht nur die betriebswirtschaftliche Rechnung der Deutschen Bundesbahn, sondern eine volkswirtschaftliche Gesamtrechnung unter Berücksichtigung der absehbaren Preisentwicklung des Erdöls und der damit zusammenhängenden zu erwartenden Verschiebung vom Individual- zum Schienenverkehr zu Grunde legen?

88. Abgeordneter **Dr. Friedmann** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die Kosten für die vorgesehene, dringend notwendige Umgehung Baden-Badens im Rahmen der B 500 vom Bund in vollem Umfang zu übernehmen sind, und können insoweit Äußerungen des ehemaligen Parlamentarischen Staatssekretärs Haar, wonach der Bund die Kosten für die Verlegung der B 500 bis zum Stadtbahnhof Baden-Baden angeblich nicht übernehmen wird, als überholt gelten?

89. Abgeordneter **Dr. Reimers** (CDU/CSU)

Hat das Bundesverkehrsministerium das betriebswirtschaftliche Gutachten der Deutschen Bundesbahn hinsichtlich des Baus der südlichen Güterumgehungsbahn Hamburg zurückgewiesen – wie in der Presse gemeldet wurde –, und wenn ja, welches waren die Gründe?

90. Abgeordneter **Stutzer** (CDU/CSU)

Beabsichtigt die Bundesregierung, einen Neubau für die Lotsenstation in Nübbel zu errichten, und wenn ja, welche Gründe sprechen für einen Neubau?

91. Abgeordneter **Stutzer** (CDU/CSU)

Wann soll der Neubau der Lotsenstation errichtet werden, und konnte im Zusammenhang mit dem geplanten Neubau ein Einvernehmen mit der Kanalbrüderschaft und den betroffenen Gemeinden hergestellt werden?

92. Abgeordneter **Schröder (Lüneburg)** (CDU/CSU)

Ist der Elbe-Seitenkanal so konstruiert und gebaut, daß bei weiteren, plötzlich auftretenden schweren Regengüssen mit Dammbrüchen bzw. Abrutschungen zu rechnen ist?

93. Abgeordneter **Schröder (Lüneburg)** (CDU/CSU)

Ist bei den seinerzeitigen Überprüfungen des Elbe-Seitenkanals nach dem ersten Kanalbruch auch die Frage untersucht worden, ob durch Regengüsse Dammbrüche erfolgen können, und wenn nein, ist dieser Sachverhalt niemals für möglich und denkbar angesehen worden?

94. Abgeordneter **Schröder (Läneburg)** (CDU/CSU)

Was gedenkt die Wasser- und Schiffahrtsverwaltung des Bundes zu tun, um das „Jahrhundertwerk" Elbe-Seitenkanal vor weiteren Beeinträchtigungen zu bewahren?

95. Abgeordneter **Dr. Langguth** (CDU/CSU)

Hält der Bundesverkehrsminister Gscheidle an seiner Wertung fest, die Neckar-Alb-Autobahn sei eine „unabdingbare Notwendigkeit", nachdem unterdessen aus einer Kabinettsvorlage des baden-württembergischen Wirtschafts- und Verkehrsministers Eberle hervorgeht, daß die Landesregierung ihrerseits die Verwirklichung der Neckar-Alb-Autobahn, die nach dem Bedarfsplan des Bundes für den Bundesfernstraßenbau vorgesehen war, nicht mehr anstrebt?

96. Abgeordneter **Dr. Langguth** (CDU/CSU)

Inwieweit ist die Bundesregierung bereit, eine Alternativplanung zum Bau der Neckar-Alb-Autobahn für den Ausbau einer leistungsfähigen Straßenverbindung zwischen den Räumen Mundelsheim (Autobahn Stuttgart – Heilbronn) und Kirchheim/Teck (Autobahn Stuttgart – Ulm), die den Umwelt- und Landschaftsschutz in den betroffenen Gebieten mehr als bisher berücksichtigt, finanziell zu unterstützen?

97. Abgeordneter **Böhm (Melsungen)** (CDU/CSU)

Welche Maßnahmen beabsichtigt die Bundesregierung zur verkehrssicheren Gestaltung der Bundesstraße 27 im Ortsteil Rothenkirchen der Gemeinde Burghaun im hessischen Zonenrandkreis Fulda durchzuführen, nachdem sich dort in den letzten Jahren wegen der unübersichtlichen und gefährlichen Straßenführung zahlreiche tödliche Verkehrsunfälle ereigneten?

98. Abgeordneter **Böhm (Melsungen)** (CDU/CSU)

Wann ist mit den Maßnahmen zur verkehrssicheren Gestaltung der Bundesstraße 27 in Burghaun/Rothenkirchen zu rechnen, nachdem solche Maßnahmen schon für 1972 bis 1974 vorgesehen waren, aber wieder zurückgestellt wurden?

99. Abgeordneter **Schulze (Berlin)** (SPD)

Wie bewertet die Bundesregierung die Tatsache, daß seitens der Deutschen Bundespost durch Verkabelung die technischen Voraussetzungen für das Kabelfernsehen geschaffen werden, ohne daß über die Einführung des Kabelfernsehens eine politische Entscheidung gefallen ist?

100. Abgeordneter **Schulze (Berlin)** (SPD)

Sollen durch das unternehmenspolitische Verhalten der Deutschen Bundespost die öffentliche medienpolitische Entscheidung über die neuen elektronischen Medien zur Seite gedrängt und überholt werden und dadurch unumstößliche Fakten gesetzt werden?

101. Abgeordneter **Würtz** (SPD)

Sieht die Bundesregierung in den prozentual hohen Zurruhesetzungen bei den Beamten im unteren, mittleren und höheren Dienst der Betriebsverwaltungen der Deutschen Bundespost und der Deutschen Bundesbahn nicht einen wichtigen Grund für eine umgehende Verbesserung der sozialen Bedingungen, insbesondere der Leistungsanforderungen?

102. Abgeordneter **Eickmeyer** (SPD)
Ist bei einer Einführung von fahrbaren Postschaltern an eine Aufverteilung zwischen fahrbaren und ortsfesten Postschaltern gedacht?

103. Abgeordneter **Eickmeyer** (SPD)
Gibt es Entscheidungen darüber, die Schalterzeiten für ortsfeste Postanstalten neu zu regeln?

104. Abgeordneter **Eickmeyer** (SPD)
Welche bemessungswürdigen Punkte sind im Erhebungsbogen 135/1 und 135/2 aufgeführt, und ist gewährleistet, daß diese Auswahl dem Bürger ein echtes Dienstleistungsangebot bietet?

105. Abgeordneter **Dr. Müller** (CDU/CSU)
Hält es die Bundesregierung für richtig, daß die freiwilligen Feuerwehren für die Benutzung von Funksprechgeräten Gebühren an die Deutsche Bundespost bezahlen müssen?

106. Abgeordneter **Dr. Czaja** (CDU/CSU)
Trifft es zu, daß die Informationsstellen des Bundespostministeriums bei Beschwerden über die Anwendung des Auslandstarifs für Ferngespräche nach Frankfurt/Oder behaupten, daß die Deutsche Demokratische Republik Ausland sei, und wenn ja, wie ist dies mit dem für alle Staatsorgane verbindlichen Verfassungsauftrag, „die Deutsche Demokratische Republik gehört zu Deutschland und kann im Verhältnis zur Bundesrepublik Deutschland nicht als Ausland angesehen werden" (BVerfG vom 31. Juli 1973), vereinbar.

107. Abgeordneter **Dr. Steger** (SPD)
Trifft es zu, daß bei der Urlaubsabwicklung der Deutschen Bundespost ein Überhang von ca. 40 v. H. besteht, der auf Personalmangel zurückzuführen ist, und welche Konsequenzen will die Bundesregierung gegebenenfalls daraus ziehen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

108. Abgeordneter **Jäger (Wangen)** (CDU/CSU)
Welches ist der Stand der Bemühungen der Bundesregierung um die Haftentlassung des jungen Berliners Nico Hübner, und welche Schritte wird die Bundesregierung weiter unternehmen, um dieses Ziel zu erreichen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

109. Abgeordneter **Ueberhorst** (SPD)
Welchen Einfluß hat die vorläufig endgültige Ablehnung einer großen Wiederaufarbeitungsfabrik in Gorleben auf die Vorbereitung zukünftiger Programmbudgets und die Durchführung bestehender industrieller Kooperationsverträge des Kernforschungszentrums Karlsruhe?

110. Abgeordneter **Dr. Laufs** (CDU/CSU)
Welche Kohlekraftwerke befinden sich gegenwärtig im Bau, welches ist der Stand der Genehmigungsverfahren?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

111. Abgeordnete **Frau Dr. Wisniewski** (CDU/CSU)

Wie viele Stelleninhaber der verschiedenen Kategorien an Universitäten und Hochschulen gab es in den Jahren 1976 ff. gemäß Hochschulstatistikgesetz?

112. Abgeordnete **Frau** Dr. Wisniewski (CDU/CSU)

Wie viele dieser Stelleninhaber waren Frauen?

113. Abgeordneter **Dr. Hennig** (CDU/CSU)

Hält es die Bundesregierung für möglich bzw. wünschenswert, daß Betriebe, die Lehrlinge nachweisbar über den eigenen Bedarf hinaus ausbilden, hierfür eine Kostenerstattung bzw. Beteiligung aus einer zu errichtenden Gemeinschaftskasse der jeweiligen Wirtschaftsbranche bzw. eine Beihilfe vom Staat erhalten, und wenn ja, wird sie eine entsprechende Initiative ergreifen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit

114. Abgeordneter **Dr. Kunz (Weiden)** (CDU/CSU)

In welchen Ländern, an die die Bundesrepublik Deutschland Entwicklungshilfe leistet, wird das Grundrecht auf Glaubens- und Bekenntnisfreiheit nicht gewährt, und wie gedenkt die Bundesregierung im Rahmen der von ihr geleisteten Entwicklungshilfe darauf zu reagieren?

Bonn, den 8. Juni 1979